

Erscheint wöchentlich 4 Mal: **Dienstag und Freitag früh, Mittwoch und Sonnabend Mittag.** Pränumerations-Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Aussenwärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis **Montag und Donnerstag Abends 5 Uhr, Mittwoch und Sonnabend bis Vormittags 10 Uhr** in der Expedition angenommen, und kosten die einspaltige **Corpus-Zeile** oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

# Thurner Wochenblatt.

N. 6.

Freitag, den 11. Januar.

1867

## Ueber die Bedeutung des Parlaments für Handel, Gewerbe und Industrie.

Ueber diesen Punkt läßt sich in der „Korrespondenz des deutschen Handelstages“ Nr. 1 v. d. J. Herr G. Dietrich, der Vorsitzende des bleibenden Ausschusses des deutschen Handelstages, dem bekanntlich auch diese Handelskammer angehört, folgendermaßen aus: „Ein Parlament wird zusammentreten und in Verbindung mit den Regierungen eine neue Organisation schaffen, in welcher der Weg der Gesetzgebung für den Zollverein verändert, die Exekutive eine einheitliche wird. Es muß zwar vor dem Irrthume gewarnt werden, als ob das demnächst zusammentretende Norddeutsche Parlament schon seinerseits in das materielle der Fragen hineinzuwirken berufen sei, um welche es sich für uns handelt. Allein dieser Umstand ist weit entfernt, seine Bedeutung zu verringern; es liegt ihm vielmehr der wichtigste Schritt vor, welcher in dieser Richtung gethan werden kann, die Feststellung der Kompetenz sowohl für die Exekutive, als für die Legislative.“

Die große Aufgabe, welche für uns das neue Parlament zu lösen hat, ist für Flüssigmachung einer gemeinsamen Gesetzgebung auf dem großen Gebiete der Industrie, des Handels und Verkehrs, ist die Befestigung der Thatfachen und Rechte, welche sich bisher in allbekannter Weise einer organischen Fortentwicklung dieser Gesetzgebung hindernd in den Weg gestellt haben. So dringend auch die Regelung einzelner Fragen selber sein mag, dringender für den Augenblick ist die Schöpfung sachentsprechender Organe, welchen das alleinige Recht der Regelung aller Fragen auf diesem Gebiete zusteht, und welche mit der Macht ausgerüstet sind, das als nützlich und notwendig Erkannte umzusetzen für ganz Deutschland in Geltung zu setzen.

Die Schöpfung dieser Organe erfordert dieselbe Sachkenntnis, dieselbe Einsicht in die Bedingungen der Entwicklung des Verkehrs, als diesen Organen selbst bei der Lösung der einzelnen Fragen innewohnen muß. Die Zusammenfassung des ersten konstituierenden Parlaments ist daher von der größten Bedeutung für die Zukunft der materiellen Gesetzgebung. . . . Keine Wahllegitimation im Ganzen wird sich frei halten können von der politischen Strömung und von politischen Parteien. Der Handelstag als solcher steht nicht auf politischem Grunde, und gerade darin beruht die Sicherheit seiner Stellung, die Stetigkeit seiner Wirksamkeit. Was aber für das Ganze sich als ungeeignet erweisen muß, wird für den Einzelnen nicht nur erlaubt, sondern Pflicht sein. Dieses Zurückweisen auf die Thätigkeit der Einzelnen hat den Vorzug, daß es Niemandes politische Meinung präskribirt oder derselben irgend welche Fesseln anlegt; es wird nur darauf ankommen, daß Jeder von uns in seinem Wirkungskreise sich dessen erinnert, daß er bei der Wahl seines Abgeordneten neben der politischen Parteilichkeit auch auf die Befähigung sieht, bei der Gesetzgebung auf dem Gebiete der Erwerbs-Interessen diejenigen Grundsätze zu vertreten, welche der Deutsche Handelstag seit einer Reihe von Jahren als die unerlässliche Vorbedingung aller Reformen aufgestellt hat.

Ein besonderer Punkt aber wird mit Festigkeit im Auge zu halten sein. Es handelt sich für den bei weitem größten Theil unserer Mitglieder um die Herstellung neuer Grundlagen für den Zollverein. Nicht allen denjenigen, für welche es sich darum handelt, ist es vergönnt, selbstthätig an der neuen Schöpfung mitzuwirken; nicht alle Mitglieder aus dem Zollverein wählen für das norddeutsche Parlament, welchem die Aufgabe zufällt, diesen Zollverein neu zu konstruieren. Um so mehr wird es unsere Aufgabe sein müssen, so zu wählen, daß auch die Rechte dieser unserer Mitglieder so weit als irgend möglich in dem neuen Parlamente gewahrt werden. Wenn die Länder jenseits der Mainlinie davon ausgeschlossen sind, so haben ihre Verkehrs- und Handelsangelegenheiten in Norddeutschland dafür in erster Reihe zu sorgen, daß das neue Gebäude so ausfalle, als ob Süddeutschland sehr werththätig daran mitgeholfen habe, und daß demselben der Zutritt zu jeder Zeit möglich sei. Der deutsche Handelstag vertritt nicht den norddeutschen Bund und nicht Süd-

deutschland allein; auch Oesterreich gehört ihm zu und hat gerade in diesem Augenblicke, in welchem eine Revision des Handelsvertrages zwischen ihm und dem Zollverein beginnt, Anspruch auf besondere Berücksichtigung. Der Handelstag muß sich heute mehr denn je als das Band betrachten, welches die durch politische Verhältnisse getrennten deutschen Glieder zu einem einzigen Arbeits-, Handels- und Verkehrs-Körper miteinander verbindet.

Und darum glauben wir an unsere Mitglieder in diesem Augenblicke die ernste Mahnung richten zu müssen, ihre Aufmerksamkeit bei der bevorstehenden Wahl auf solche Männer zu lenken, welche neben ihrer sonstigen politischen Befähigung ein eingehendes Verständnis der Forderungen des Erwerbsstandes besitzen, und welche von der Ueberzeugung getragen werden, daß Nord und Süd unseres Vaterlandes sich unter allen Umständen zu einer einzigen Verkehrsgruppe verschmelzen müssen. Dieser Richtschnur des Handelns wird jeder Wähler ohne politischen Gewissenszwang folgen können, da es ohne Zweifel Männer der bezeichneten Art unter allen Parteien giebt. Die Auswahl unter denselben wird um so größer sein, als sich die Interessen der verschiedenen Erwerbszweige gegenseitig vertreten; es ist nicht bloß der Kaufmann und Industrielle im engeren Sinne, der befähigt erscheint; jede Form des Erwerbslebens ist gleichberechtigt; der Affekuradeur, der Grundbesitzer haben das gleiche Ziel vor Augen: eine in Freiheit entwickelte, ganz Deutschland umfassende feste Gestaltung der notwendigen staatlichen Einrichtungen auf dem Gebiete des ganzen Erwerbs- und Verkehrslebens.

Im Uebrigen hofft der bleibende Ausschuss für den Zusammtritt des Parlaments die wichtigsten Fragen so vorbereitet zu haben, daß sie den Mitgliedern des Parlaments als Leitfaden für etwaige materielle Beschließungen werden dienen können.“

\*) Können sich die Angehörigen des Handels- und Gewerbestandes im Wahlkreise Thurn-Culm mit Rücksicht auf das oben Gesagte einen besseren Vertreter im Parlamente wünschen, als Herrn Justizrath Dr. Meyer, welcher schon in Folge seines Lebensberufs mit ihren Interessen bekannt geworden ist, aber auch bereits durch seine Auslassungen über merkantile und gewerbliche Fragen in öffentlichen Versammlungen erwiesen, daß er sich mit diesen Fragen eingehend beschäftigt hat? Die Redaktion.

## Landtag.

### 50. Sitzung des Abgeordnetenhauses a. 9. d.

Die Berathung der Mäklervorlage wird wieder aufgenommen. Abg. Achenbach für die Regierungsvorlage, weil der Verkehr sich bereits über die in Rede stehende Beschränkung hinweggesetzt habe, und zwar nicht bloß seitens der Mäkler, sondern auch seitens der Betheiligten. Die Funktion der Feststellung der amtlichen Course stehe den Börsencommissaren zu, welche frei zu erwägen haben, wie weit sie das von den Mäklern gebotene Material benutzen wollen. Im Uebrigen sei auch er für Abschaffung des Instituts der vereidigten Mäkler: diesem Ziele folgte die Vorlage näher. Abg. Gneist (gegen die Vorlage): Es handle sich um einen Konflikt der Handelsmoral mit der gesetzlichen Moral. Er glaube, das Gesetz würde einen sehr bedeutenden Einfluß auf die Stellung der Mäkler haben, weil die Auswärtigen, von Mißtrauen gegen die Kommissionäre erfüllt, sich an die patentirten Mäkler wenden würden. Liege die Sache aber so, so könne der Staat den Mäklern die Stellung der Vertrauenspersonen nicht geben, ohne für ihre Unbefangenheit und Unparteilichkeit zu sorgen. Diese Aufgabe erfülle § 69 des Handelsgesetzbuchs in beiseidenem Maße, und dies Minimum dürfe nicht vermindert werden, weil die vereidigten Mäkler Urkundspersonen seien. Das Institut der vereidigten Mäkler sei noch nicht entbehrlich, und daher müsse der Staat auch die Vorbedingungen einer solchen Stellung erfüllen. Die Bedürfnisfrage müsse um so schärfer geprüft werden, als es sich um eine Abänderung des Handelsgesetzbuchs handle, welches unter so großen Schwierigkeiten zu Stande gekommen sei. Der Regierungskommissar er-

wiederte zunächst: § 84 des Handelsgesetzbuchs behalte ausdrücklich den Partikulargesetzgebungen die Abänderung der Bestimmungen über die Befugnisse der Mäkler vor, und motivirte hierauf ausführlich die Bedürfnisfrage sowohl für die Schiffsmäkler, als auch für die Handelsmäkler: die Regierung könne nicht anerkennen, daß durch Annahme des Gesetzes die Glaubwürdigkeit der Handelsmäkler gefährdet werde. Die hiesige Kaufmannschaft habe 1865 viel weitergehende Anträge gestellt. Die Regierung habe sich durch das petitiäre Interesse der hiesigen Kommissionäre nicht bestimmen lassen können, eine Vorlage zurückzuhalten, welche durch das Interesse des Handels gefordert werde. Abg. Ewen für die Vorlage: Die Vorlage sei ein konsequentes Festhalten der Position, welche die Regierung in ihrem Entwurfe zum Handelsgesetzbuch und in der Nürnberger Konferenz angenommen habe. Wollte die Regierung noch nicht so weit gehen, das Institut der vereidigten Mäkler abzuschaffen, so helfe sie durch die Vorlage wenigstens dem dringendsten Bedürfnis des Verkehrs ab. Die Garantien für die Glaubwürdigkeit, welche Gneist vermisse, seien in der Vorlage vollständig gegeben, wie dies ein Zusammenhalten ihrer Bestimmungen mit dem praktischen Geschäftsleben ergebe. Durch das Gesetz werden viele Geschäfte aus den Händen der Kommissionäre in die der Mäkler übergeben: sei das der Fall, so liege das Gesetz im Interesse des Publikums. Abg. Reichenheim (gegen die Vorlage): Durch die Vorlage werde der größte Theil der Geschäfte unmittelbar den Handelsmählern zugeführt werden. Es komme also Angebot und Nachfrage in die Hände der Mäkler, und diese würden durch die Feststellung der Course vom Publikum mehr erheben, als die Provision, welche jetzt die Kommissionäre beziehen. Die Unrichtigkeiten in den amtlichen Coursezetteln kommen daher, daß die vereidigten Mäkler die Schranken des Gesetzes schon durchbrochen haben und eigenes Interesse verfolgen. Diese persönlichen Interessen dürfe man nicht erweitern; die Annahme der Vorlage würde die Verleitung zur Uebertretung eiblicher Pflichten vermehren. Gebe man Monopole, so müsse man diesen auch Beschränkungen auferlegen, die Berliner Börse habe nicht bloß ein staatliches Interesse; gebe man ihr Monopole ohne Beschränkung, so werde der Kapitalzufluß zu derselben sich vermindern. Die vereidigten Mäkler befänden sich hier der Mehrzahl nach in sehr guter ökonomischer Lage; das Gesetz gebe ihnen also bereits genug Raum, es komme bei ihnen, wie überall sonst, nur auf Tüchtigkeit an. Es sei in Interesse des Verkehrs, das veraltete Institut der vereidigten Mäkler zu beseitigen, nicht aber ein Gesetz zu geben, welches ungünstige sittliche Folgen haben werde. Abg. Schmidt (Randow): Die Erfahrungen, die man in Stettin an den Schiffsmählern gemacht, bewiesen, daß die den vereidigten Mählern auferlegten Schranken zu eng gezogen seien, die vereidigten Mäkler würden allmählig ganz verschwinden. Das Amendement zweifeln möge man ablehnen. Abg. v. Blankenburg: er habe für die Vorlage stimmen wollen, weil er sich auf die Autorität der Regierung verlassen habe; er habe aber die Debatte auf sich wirken lassen, und ihm scheinen die Gründe der Gegner durchschlagend, er werde daher dagegen stimmen. Abg. Graf Renard: Die Coursezetteln seien namentlich in Betreff der leichten Papiere oft unrichtig. Es sei unmöglich, die Mäkler auf ein Piedestal der Enthaltensamkeit zu stellen, wie alte Römer. Die Abschaffung des ganzen Instituts sei das Beste, so lange diese nicht in Frage, stimme er für jede Erweiterung des freien Verkehrs.

Die Debatte war hiermit erschöpft, da kein Redner weiter gemeldet. Nach einigen persönlichen Bemerkungen zwischen dem Abg. Gneist und dem Regierungskommissar Geh. Rath Ed. resümirte der Referent Abg. Koepell die Debatte: Es mache einen sonderbaren Eindruck, Juristen mit theologischen Grüden gegen die Vorlagen kämpfen das Handelsgesetzbuch wie ein Heiligthum in den Kampf führen zu sehen. Es komme darauf an, die Grenze zwischen den allgemeinen und den persönlichen Interessen zu ziehen. Das vereidigte Mäklertum habe sich überlebt. Geheftlich haben die vereidigten Mäkler mit den amtlichen Cours-



zetteln unmittelbar nichts zu thun; die Feststellung geschieht gesetzlich durch die Börsenkommissionen, welche andere Personen ebenso gut wie vereidete Mäkler hören können. Nicht der amtliche, sondern die Privatcourzetteln werden in Berlin vom Publikum gebraucht. Bei Feststellung des Handelsgefeßbuches hätten sich zwei Parteien gegenüber gestanden, die Partei des Monopols und der Freigebung des Mäklereigefchäfts. Zwischen diesen habe das Handelsgefeßbuch einen unhaltbaren Kompromiß hergestellt; zu den unhaltbarsten Punkten desselben gehöre der, welcher die Vorlage aufheben will. In Bezug auf die Schiffsmäkler sei kein Streit, weshalb man aber zwischen Handels- und Schiffsmäklern einen Unterschied mache, verstehe er nicht.

Bei der Fragestellung verlangte Michaelis (Stettin), daß zunächst über den Kommissionsantrag als die weitergehende Abänderung der bestehenden Gesetzgebung, dann erst das Amendement Zweiten, als die weniger umfassende Abänderung, zur Abstimmung zu bringen; andernfalls könnte das Amendement Zweiten fallen, selbst wenn die Majorität des Hauses dafür wäre. In der hierauf sich entspinrenden Debatte traten v. Vinde und Gneist gegen, Graf Schwerin und Bethusy-Huc für die Auffassung des Abgeordneten Michaelis auf; das Haus entschied sich für die hergebrachte Folgeordnung der Abstimmungen und hierauf wurde das Amendement Zweiten gegen eine schwächere, der Kommissionsantrag gegen eine starke Minorität abgelehnt.

Abg. Krieger (Berlin) referirte hierauf über die Gesetzentwurf betreffend die Einführung der Klassensteuer an Stelle der Schlacht- und Mahlsteuer in Wittstock und bekräftigte die Genehmigung. Abg. Poewe regte die Frage der allgemeinen Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer an. Der Regierungskommissarius Geheimrath Finanzrath Scheel erklärte, die Regierung werde dies nicht thun, so lange die beteiligten Städte sich in ihrer großen Mehrheit dagegen aussprechen. Es entstand hierdurch eine Debatte, in welcher Abgeordneter v. Vinde (Hagen), v. Vinde (Oldendorf), Michaelis (Stettin), Gneist sich gegen die Schlacht- und Mahlsteuer und gegen die Politik, den Fortschritt der Gesetzgebung lediglich von den Voten von Interessenten abhängig zu machen, sprachen, während der Regierungskommissarius erklärte, die Regierung werde nicht ausschließlich jene Vota berücksichtigen, sich vielmehr ihr Vorgehen offen halten.

(Schluß folgt.) Die Kommission für das Justizwesen des Abgeordnetenhauses hat in ihrer heutigen Sitzung über mehrere vorliegende Petitionen um Aufhebung der Schuldbast verhandelt und den Bericht darüber festgestellt. Die Kommission beschloß, dem Hause zu empfehlen, in Anbetracht, daß diese Petitionen begründet sind, die königliche Staatsregierung aber, wie sie durch ihren Kommissarius habe erklären lassen, bereits selbst die Initiative ergriffen und Gutachten von den Gerichtsbehörden des Landes eingefordert habe, über die vorliegenden Petitionen zur Tages-Ordnung überzugehen. Zum Berichterstatter für das Plenum wurde der Abg. Rohden gewählt. Sodann lag noch eine Petition des Invaliden, Artillerie-Unteroffiziers J. G. Wühlner zu Egelin, vor, welcher beantragte, das Amnestiedekret vom 20. Sept. v. J. auf alle diejenigen Personen auszuweiten, welche sich einer strafbaren Handlung nach den §§. 61 bis 93 und 97 bis 103 des Strafgesetzbuches bis zum 20. September v. J. schuldig gemacht haben, und eine Petition des Redakteur der „Oder-Zeitung“ A. Duncker in Stettin, welcher beantragte die Ausdehnung des Amnestie-Erlasses vom 20. Sept. auch auf erfolgte Bestrafungen wegen Preßvergehen und Entziehung von Zeitungseconcessionen. Da dieselben einestheils nicht substantiirt war, andernteils es aber nicht in den Befugnissen des Hauses liegen könnte, in die Rechte der Krone einzugreifen, beschloß die Kommission, dem Hause den Uebergang zur Tages-Ordnung zu empfehlen. Als Berichterstatter wurden für den ersten Gegenstand der Abg. Rohden für den zweiten der Abg. John (Rabiau) gewählt.

### Politische Rundschau.

**Deutschland.** Berlin. Der Wortlaut des Vertrages mit Oldenburg in Betreff der Arrondierung der oldenburgischen Gebietssteile in Holstein, bestimmt, daß das Amt Abrenshöf z. von holsteinischer Seite abzutreten sei. Zum Amt Abrenshöf gehört nun aber auch die im Preezer Güterdistrikt belegene Enklave Travenhorst und mit deren Abtretung wäre keineswegs eine Arrondierung erreicht, sondern abermals eine Zerstückelung bewerkstelligt worden. Dem Vernehmen nach ist nun nachträglich der wenig pünktlich abgeschlossene Vertrag dahin ergänzt worden, daß die Enklave Travenhorst bei Holstein verbleibt. — Durch kaiserliches Dekret ist für die diesjährige Ausstellung zu Paris eine besondere Klasse von Belohnungen angeordnet, zu Gunsten von Personen, Etablissements oder Orten, welche durch eine ihnen eigenthümliche Organisation, oder durch besondere Einrichtungen ein einträchtiges Verhältniß zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern begründet, und in materieller, moralischer und intellektueller Beziehung das Wohlbefinden der Arbeiter gefördert haben. Der „St.-A.“ theilt nunmehr die Zusammenfassung der Spezial-Jury mit, welche am 1. Dezember ihre erste Sitzung gehalten hat, und im Anschluß daran die für die Zuerkennung von Preisen maßgebenden Grundzüge und fordert zu Bewerbungen auf. Die Jury erinnert namentlich daran, daß die Initiative der Bewerbung nicht den Konkurrenten allein zusteht. Sie ersucht vielmehr auch dritte Personen, solche Verdienste ans Licht zu bringen, welche sie

besonderer Beachtung werth halten. Der Termin für solche Anmeldungen ist bis zum 31. Januar d. J. verlängert. — Nach den Morgenblättern beabsichtigt die Fortschrittspartei im Abgeordnetenhaus, schleunigst einen Gesetz-Entwurf wegen Gewährung von Diäten und Reisekosten für die Abgeordneten zum Norddeutschen Parlament einzubringen.

Die „Nationalzeitung“ hört, Herr von Savigny werde in den nächsten Tagen zum Präsidenten des Bundesrathes ernannt werden. — Der „Danz. Z.“ schreibt man: Wie man mir mittheilt, wird nunmehr der 20. Februar als der Termin des Zusammentritts des Norddeutschen Parlaments genannt werden. Aber auch dieser Datum dürfte bei möglichster Abkürzung aller erforderlichen Formalitäten, da die Wahllisten mindestens vier Wochen lang, also bis zum 12. Februar, aufliegen müssen, zu kurz gegriffen sein. Es dürfte der Zusammentritt sich bis zum Ende des genannten Monats hinziehen, und auch dann wird diese politische Körperschaft schwerlich beschlußfähig sein, da beispielsweise in Danzig (wenn 3 Candidaten daselbst aufgestellt werden) und im ganzen Königreich Sachsen, wie in vielen anderen Theilen des Bundes, nicht wohl im ersten Wahlgange eine absolute Majorität erzielt werden wird. — Interessant wird Ihnen die Mittheilung sein, daß der Donziger Landkreis Gnade vor den Augen der hiesigen Conservativen gefunden hat, und daß man dort lebhaft zu agitiren gedenkt. Mir kam heute ein Plakat zu Gesicht, daß nicht ungeschickt abgefaßt war und in der Erklärung gipfelte, man müsse „neue Leute“ wählen. Sie sehen, daß die Parole dieselbe ist, wie die der Extremen Danzigs, die ebenfalls keinen Nationalen wiedewählen wollen. Auf den Donziger Stadtkreis wird sich die Vertheilung jener Plakate nicht wohl ausdehnen, weil dasselbe auf die arbeitenden Klassen der Landbewohner speculirt. Sehr geistreich war ein Vergleich des Königs mit einem wohlwollenden Gutsbesitzer. — Die „Hamb. Nachr.“ brachten die Mittheilung, Graf Bismarck hätte die Candidatur für Lauenburg mit dem Bemerken abgelehnt, es schwebten noch Beratungen darüber, ob Minister eine Candidatur überhaupt annehmen könnten. Der angeführte Grund scheint nicht haltbar, denn die Minister könnten doch nur in ihrer Eigenschaft als Beamte an der Annahme einer Candidatur behindert werden; da aber der Verfassungsentwurf für den Norddeutschen Bund, der Nichtwählbarkeit der Beamten decretirt, erst durch den jetzt zusammentretenden Reichstag genehmigt werden soll, so stände eine gesetzliche Bestimmung einer Mandatsannahme Seitens der Minister nicht entgegen. Anders wäre es, wenn Graf Bismarck als intellectuel-her Urheber des qu. Gesetzes, die Konsequenzen dieses Principes zuerst auf sich in Anwendung bringen wollte; dagegen könnte natürlich Niemand etwas haben. — Wie man mir heute mittheilte, beabsichtigt der bekannte General-Consul Rudolph Schramm, welcher durch eine Reihe von Leitartikeln in der „Post“ wieder an die Öffentlichkeit getreten ist, sich um eine Candidatur für den norddeutschen Reichstag zu bewerben.

Im Abgeordnetenhaus ist folgender Antrag der H. v. Bethmann-Hollweg und Genossen eingebracht: Die K. Staatsregierung anzufragen: den Grundbesitz von dem privilegium odiosum der gesetzlichen Beschränkung des Zinsfußes von Hypothekenschulden durch Vorgelegnis eines Gesetzes in nächster Landtags-Session zu befreien.

**Wiesbaden.** Nach vielfachen vergeblichen Bemühungen ist es auch unseren reaktionären Partikularisten gelungen, ihren Putz herbeizuführen, und zwar in dem durch seine konservativen Wahlen bekannten Amte Hadamar. Am 3. d. M. war dort Kontrollerversammlung, auf welcher zugleich die Vereidigung der vormaligen nassauischen Soldaten, welche gegenwärtig beurlaubt oder entlassen sind, stattfinden sollte. Zu diesem Zwecke hatte sich der Oberstlieutenant aus der benachbarten Garnisonstadt Weilburg eingefunden. Die Mannschaft wurde nach alphabetischer Reihenfolge der Dörfer aufgerufen. Die aus den Dörfern Ahlbad, Dorheim, Elz antworteten. Als aber der erste Mann aus Frischhofen aufgerufen wurde, schrien die Burschen: „Wir schwören nicht dem König von Preußen. Wenigstens wollen wir erst wissen, wo unsere Massengelder bleiben!“ Bezüglich letzterer (kleine Ersparnisse in Garnison und im Feld) belehrte sie der Oberstlieutenant, dieser Gegenstand sei in Verhandlung begriffen und gehöre nicht hierher. Als aber das Geschrei und die Widersetzung nicht aufhörte, befahl er, einen Hauptmannquanten zu verhaften. Die Mannschaft brang jedoch unter dem Geschrei: „Unser Herzog Adolf soll leben!“ auf den Wachtmeister ein und erging sich darauf in allerlei Unziemlichkeiten. Namentlich wechselten Wits der Masse auf den Herzog Adolph ab, mit Hochs auf den König Wilhelm, das ein Einzelner mit spöttischem Tone ausbrachte, und das die Andern mit Gelächter begleiteten. Dieser Theil des Aufzuges ging wie am Schnürchen und schien vorher eingeübt oder wenigstens verabredet zu sein. Der Oberstlieutenant erklärte darauf die Kontrollerversammlung für aufgehoben und bemerkte, er wohne da und da. Dort fand sich dann auch später ein Theil der Mannschaft, namentlich die aus dem großen Dorfe Elz, ein, um die wahrheitsgemäße Versicherung abzugeben, daß sie an dem Unfug keinen Antheil hätten, sondern jeder Zeit den preussischen Fahnen zu leisten bereit seien. Das Dorf Elz ist liberal. Die Tumultuanten, meist mehr oder weniger betrunken, tobten in dem Städtchen Hadamar herum, insultirten die Leute auf der Straße und veranstalteten zum Schluß eine große Schlägerei unter einander. Die Justiz schritt energisch ein und verhaftete viele derselben. Die Strafe wird für die Thäter nicht ausbleiben. Leider wird dieselbe nach den bisher gemachten Erfahrungen nicht diejenigen treffen, welche

die alleinigen Urheber aller dieser Umtriebe sind und die nicht müde werden, sich öffentlich der Gunst und Gnade zu berühen, in welcher sie ihrer konservativen Gesinnung wegen in Frankfurt und in Berlin zu stehen behaupten, grade wie die Vielmänner in Kurhessen.

**Wien.** Hier in Wien wird schon im Laufe der nächsten Tage eine Zusammenkunft der deutschen Landtagsabgeordneten stattfinden, um sich über die dem Januarpatente gegenüber zu beobachtende Haltung zu verständigen. Die bei dieser Gelegenheit zu fassenden Beschlüsse werden nicht zu Gunsten des Patents lauten und namentlich gegen die „verfassungswidrige“ Bestimmung gerichtet sein, daß die Landtage ihre Abgeordneten entweder nach dem Oktoberdiplom oder nach der Februarverfassung in den außerordentlichen Reichsrath wählen können, wodurch die Deutschen künstlich in die Minorität veretzt werden würden. In den Regierungskreisen scheint man sich mit der Hoffnung getragen zu haben, daß die steirischen Autonomisten mit Herrn v. Kaiserfeld an der Spitze dem Patente gegenüber sich nicht feindselig verhalten werden; diese Hoffnung hat sich aber nicht erfüllt, die Autonomisten gehen in der prinzipiellen Frage Hand in Hand mit ihren deutschen Kollegen. — Ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz ist bereits ausgearbeitet und soll ebenfalls dem außerordentlichen Reichsrathe vorgelegt werden. Als Resultat der Verhandlungen mit Ungarn soll ihm ein präzis formulirter Entwurf zur Aenderung der Verfassung vorgelegt werden, welcher in dem wesentlichsten Punkte mit dem Deak'schen Elaborate über die gemeinsamen Angelegenheiten des ganzen Kaiserreichs zusammenfällt, dagegen für die gemeinsamen Angelegenheiten der diesseitigen Reichshälfte auch ein gemeinsames, verfassungsmäßiges Organ schafft.

**Spain.** Wie der Pariser „Liberté“ von hier geschrieben wird, dauern die Verfolgungen gegen die Deputirten fort; ein großer Theil derselben wurde gezwungen, sich aus den Orten zu entfernen, wo sie ihr Domicil erwählt hatten; die Mehrzahl mußte des Reichs abreißen, um sich nach den Punkten zu begeben, wo sie ihren gezwungenen Aufenthalt angewiesen erhalten hatten. Was das Dekret betrifft, welches die Kammern auflöst, so ist und bleibt es gänzlich inkonstitutionell. Den ersten Verstoß gegen die Konstitution beging Narvaez dadurch, daß er bereits am 7. Dezember ein Jahr hatte vergehen lassen, ohne die Kammern zusammenzubringen. Narvaez that dies, um die außerordentlichen Gewalten, welche O'Donnell im Juni v. J. von den Kammern bis zu ihrem Wiederzusammentritt für die Regierung hatte votiren lassen, behalten zu können. Da nun die neuen Kammern ganz wider die Verfassung erst am 30. März zusammentreten, so bleibt ihm die nothwendige Zeit, von den Ausnahmewalten, die er in der Hand hat, zur Vollendung seines Planes Gebrauch zu machen.

### Provinzielles.

**Bromberg, den 7. Januar.** (Verb. Btg.) Die gestrige Versammlung, welche die Wahlen zum Norddeutschen Parlament zum Gegenstande hatte, erfreute sich einer außerordentlichen Theilnahme. Stadt und Land waren vertreten; ebenso alle Parteien und die verschiedensten Berufsclassen. Die Versammlung war überaus zahlreich, daß es sich hier um eine gemeinsame deutsche Sache handle, und daß vor dem Wunsche, daß die deutschen Wähler wie ein Mann stimmen möchten, die Einzelinteressen der Parteien zurücktreten müßten; der sehr lebendigen politischen Agitation gegenüber dürfte die deutsche Bevölkerung sich nicht zersplittern. Es wurden zu Candidaten vorgeschlagen: von konservativer Seite der Gutsbesitzer v. Bethmann-Hollweg zu Rumowo; von den Liberalen der Kreisrichter Lesse aus Thorn, der Gutsbesitzer Tüde aus Ober-Sirelitz, der Gutsbesitzer v. Gräbenitz zu Lukum, der Gutsbesitzer v. Leipziger zu Pietronke und der Regierungsrath Krieger zu Posen. Bei der längeren Besprechung über die einzelnen Persönlichkeiten wurde gegen die persönliche Qualifikation der Herren Lesse und v. Leipziger zu dieser Candidatur von keiner Seite ein Widerspruch erhoben und es wurde hervorgehoben, daß danach diese beiden die geeignetsten seien, um die Stimmen aller deutschen Wähler zu vereinigen. Zuletzt einigte man sich dahin, am nächsten Sonnabend in einer Volksversammlung eine bindende Vorwahl zu treffen. Die nöthigen Vorbereitungen zu dieser und zu einem Wahlauftritt wurde einem Comité übertragen. Es wäre dringend zu wünschen, daß nunmehr alle Bemühungen sich dahin vereinigen, der Versammlung des Sonnabends einen Mann als den Candidaten der Deutschen zu nennen. Gelänge das, so wäre hier der Sieg der Deutschen gewiß und Bromberg nähme die Stelle ein, die es 1848 mit so viel Ehre und mit so viel Erfolg eingenommen hat.

**Gumbinnen, den 6. Januar.** (R. n. B.) Hier erzählt man sich folgende Geschichte. Zum vergangenen Freitag hatte eine Anzahl Conservativer unter der Firma: „Zur Ausgleichung der Parteien“ eine Versammlung nach Insterburg zusammen berufen. Zunächst wurde v. Simson-Georgenburg als Candidat für das Norddeutsche Parlament aufgestellt, der aber diese Candidatur entschieden ablehnte. Es wurde nunmehr der in der Versammlung anwesende Baron v. Lynker auf Kemmersdorf als Candidat aufgestellt. Dieser aber erklärte, er sehe in dieser Versammlung nur Reactionnaire, es könne hier also von einer Ausgleichung der Parteien nicht die Rede sein; er gehöre der liberalen Partei an, eine Wahl zum Norddeutschen Parlament wolle er überhaupt nicht annehmen, am wenigsten aber sich von Reactionairen wählen lassen. Nach dieser Erklärung verließ Hr. v. Lynker sofort die Versammlung.



Goldapp, 5. Jan. (N. n. Z.) Die Fortschritts-  
partei des Wahlkreises Goldapp-Darlehmen-Stallup-  
nen hat beschlossen, den hiesigen Kreisrichter Elanow-  
ski als Kandidaten für das Norddeutsche Parlament  
aufzustellen. Von der altliberalen Partei dagegen wird  
Hr. v. Sauten-Julienfeld proponirt werden. — In  
Angerburg wie im Löbener Kreise wird von den Libe-  
ralen Hr. v. Sauten-Darupischen aufgestellt.

Königsberg, den 4. Januar. Als Candidaten  
für das norddeutsche Parlament hat die hiesige konse-  
rervative Partei den kommandirenden General Vogel  
von Falkenstein aufgestellt. Die liberale Partei be-  
absichtigt den Kaufmann Stephan und den Vorsitzenden  
der Stadtverordneten-Versammlung Herrn Dicker auf-  
zustellen. Die Diätenfrage hat man im Comité fallen  
lassen.

#### Kotales.

— Stadtverordneten-Versammlung am 9. d. Mts. Herr  
Kroll Vorsitzender, im Ganzen 28. Mitglieder. Vom Ma-  
gistrat die Herren: Oberbürgermeister Körner und Stadtrath  
Hoppe.

Vor der Tagesordnung verpflichtete der Herr Magistrats-  
Dirigent die neu gewählten Stadtverordneten, die Herren:  
Eislermstr. Hirschberger, Justizr. Hoffmann, Martini, Schmie-  
deberg, Schönfeldt und Maurerstr. Schwarz.

Für das Jahr 1867 wurde zum Vorsteher Herr  
Kroll, zum Stellvertreter desselben Herr Adolph; —  
in den Verwaltungsausschuss die Herren: Dr. Ber-  
genroth, Heins, B. Meyer, Dr. Frowe, A. Danie-  
lowski und Schmiedeberg; — in den Finanzaus-  
schuss die Herren: Engelke, D. Pohl, Gieldzinski,  
Schirmer, Schönfeldt und Hoffmann; — in die  
Commission zur Prüfung der Entschuldigungen die Herren:  
Engelke, Preuß und A. Hirschberger gewählt.

Am 9. d. Mts. hat die Vers. in 25 Sitzungen, von welchen  
nur eine nicht beschlußfähig war, 419 Nummern (49 mehr  
als 1865) erledigt.

Der Magistrat theilt der Stadtverordneten-Versammlung  
mit, daß die Feuerversicherungs-Gesellschaften, Liverpool und  
London, sowie North-British and Mercantile, bei welchem  
die Risikos der hiesigen Feuer-Societät auf je 37%,  
Proz. mit 1/2 p. mille rückversichert waren, eine Aenderung  
des im 3. 1866 abgeschlossenen Vertrags über die Rückver-  
sicherung beantragt hätten. Die wesentlichen Aenderungen  
bestanden darin, daß die hies. Feuer-Societät statt wie bis-  
her 25 Proz., künftig 33 1/2 Proz. der Entschädigungsum-  
men auf eigene Gefahr übernehme und der Prämienfuß von  
1/2 auf 1 1/2 p. mille der rückversicherten Summe erhöht  
werde. Der Magistrat schrieb in Folge dessen eine neue  
Concurrenz bezüglich der Rückversicherung aus, welche inso-  
fern ohne Resultat geblieben ist, als die meisten Gesellschaf-  
ten mindestens 1 1/2 Proz. p. mille der rückversicherten Summe  
forderten und nicht mehr als 66 2/3 Proz. der Entschädigung-  
summe versichern wollten. Hienach machte die North-Bri-  
tish and Mercantile-F.-V.-Gesellschaft die Offerte, die Ver-  
sicherung von 50 Proz. der Entschädigungssumme gegen eine  
Prämie von 1 p. mille zu übernehmen. Diese Offerte hat  
der Magistrat acceptirt und ersucht nun die Vers., indem er  
sich die Versicherung der noch verbleibenden 16 2/3 % der  
Entschädigungssumme vorbehält, seinem Beschluß beizustim-  
men. Die Vers. tritt dem Antrage des Magistrats bei. —  
Am 9. d. Mts. war, wie bekannt, der Weihnachtsmarkt polizei-  
licherseits aufgehoben worden. Die Versammlung ersuchte den  
Polizei-Dirigenten, Herrn Oberbürgermeister Körner unter den  
21. v. Mts. das Marktverbot insoweit aufzuheben, daß die  
kleineren Gewerbetreibenden ihre Erzeugnisse vom 22. v. Mts.  
ab bis zum Feste auf dem Altst. Markte feilhalten dürften.  
Nach Mittheilung des Herrn Magistrats-Dirigenten war das  
Verbot des Weihnachtsmarktes im v. J. durch eine Beschwerde  
hiesiger Kaufleute darüber veranlaßt, daß auf dem Weihnachts-  
markte 1865 auswärtige Händler und Galanteriewaarenhän-  
dler aus Berlin Waaren verkauft hätten. Diesen Mißbrauch  
versprach der Herr Magistrats-Dirigent zu beseitigen und den  
nicht gebotenen Weihnachtsmarkt fernerhin nicht zu gestatten.  
„Nur hiesige Gewerbetreibende so bemerkt die Antwort  
an die Stadtverordn.-Vers., zum Markte zuzulassen, und  
auswärtige vom Markte auszuschließen, ist ganz  
unzulässig. Als Thatsache theilt der Magistrat noch mit,  
daß auf eine Beschwerde von 3 hiesigen Pfefferkühlern über  
das Verbot des Weihnachtsmarktes bei der K. Regierung zu  
Marienwerder diese Behörde das Verbot aus polizeilichen  
Gründen als gerechtfertigt anerkannt habe, zumal da den  
Bedürfnissen durch Bestattung des Waarenverkaufs am 24.  
Dezbr. bis Ab. 6 Uhr genügend Rechnung getragen sei. Hie-  
bei müsse es sein Bewenden haben. Die Vers. ersucht nun  
den Magistrat dahin zu wirken, daß die polizeiliche Maßre-  
gel, welche für den Weihnachtsgeschäftsverkehr am 24. Dez-  
v. J. erlassen worden ist, künftig auf 3 bis 4 Tage vor  
dem Weihnachtsfeste ausgedehnt werde. — Die Vers. hatte  
beim Magistrat beantragt, daß das Wort „Rathsbibliothek“  
in „Stadtbibliothek“ geändert werde. Der Magistrat erklärt  
hierauf, daß er keinen Grund einsehe, den seit Jahrhunderten  
bestehenden, durch Vermächnisse und Geschenke fixirten, bei  
den Katalogen und der Bezeichnung der Bücher gebrauchten  
Namen „Rathsbibliothek“ abzuändern. Die Vers. ist hiermit  
einverstanden. — Der Magistrat zeigt an, daß trotz wieder-  
holter Bekanntmachung in mehreren öffentlichen Blättern über  
die Verpachtung der hies. Ziegelfabrik keine Offerte, ja nicht  
einmal eine Anfrage über die Bedingungen innerhalb 2 Mo-  
naten eingegangen sei. Der Magistrat stellt daher weitere  
Vorschläge über die Benutzung der Ziegelfabrik nach Anhö-  
rung der Ziegelei-Deputation in Aussicht. — Der Magistrat  
theilt mit, daß er den Arbeiter Sobtle während der Krank-  
heit des Armen Dieners Kaminski als Stellvertreter desselben  
auf monatliche Kündigung angestellt habe. Die Vers. ist  
hiermit einverstanden. — Am 5. v. Mts. hatte die Vers. den  
Magistrat ersucht um Auskunft über die Fassung des Aus-  
schreibens v. 2. Dezbr., betreffend die Wahl des Stadtbau-  
raths, indem sie es bemängelte, daß die Frist für die An-  
meldungen vom Magistrat verlängert worden wäre, während  
die Bestimmung dieser Frist eine Prärogative der Vers. sei.

Der Magistrat äußert sich dieser Anfrage gegenüber dahin,  
daß ein Ministerial-Reskript den Magistraten die Berechtigung  
zum Erlass von dergleichen Wahlschreiben beilege, mithin  
Form, Fassung und Fristbestimmung auch als wesentliche  
Stücke zur ausschließlichen Competenz des Magistrats ge-  
hören. Die Vers. erklärt, daß diese Aulassung des Magistrats  
mit dem beregten Ministerial-Reskript im Widerspruch stehe.  
— Der Bezirksvorsteher Herr Raab nebst mehreren Bewoh-  
nern hatte beim Magistrat das Gesuch gestellt, daß die Ver-  
besserung des Weges durch die 2. Linie auf der Bromber-  
ger-Poststadt nunmehr im Winter ausgeführt werde. Vom  
Magistrat war der Bescheid geworden, daß nach Beschluß der  
städtischen Behörden die Verbesserung besagten Weges im näch-  
sten Frühjahr in Erwägung genommen werden soll. Der  
Besagte wendet sich nun an die Vers. mit dem Gesuch, daß  
die gründliche Verbesserung nunmehr, im Winter, ausge-  
führt, sowie der langersehnte feste Weg endlich hergestellt  
und den zur Zeit unbeschäftigten Bewohnern besagter Vor-  
stadt Gelegenheit gegeben werde, in dieser bedrängten Zeit,  
wo der Arbeitslohn sehr niedrig steht, Etwas zu verdienen.  
Die Vers. übergiebt das Gesuch dem Magistrat zur Berück-  
sichtigung, sowie zur Berathung durch die Bau-Deputation.  
— Nach dem betreffenden Bericht betrug die Brückenge-  
innahme im Dezember v. J. 1137 Thlr. 10 Sgr., mithin pr.  
Tag durchschnittlich 36 Thlr. 20 Sgr. 7 Pf. — Der Rech-  
nung des St. Georgen-Hospitals p. 1865, sowie der Rech-  
nung des Glenden-Hospitals pr. 1865 wird die Decharge  
ertheilt, so wie der Etat der Testament- und Almosen-Hal-  
tung für 1866 bis incl. 1871 genehmigt. — Der Magistrat  
theilt der Vers. mit, daß er dem Beschlusse der Vers. v. 21.  
v. Mts. betreffs der an die Mitglieder der Kgl. Familie zu  
übersendenden Pfefferkuchen beigetreten sei und den Betrag  
für dieselben an die im hiesigen Militär-Lazareth noch be-  
findlichen im Kriege Verwundeten, sowie an die Wunden der  
im Felde gefallenen und gestorbenen Krieger theils schon  
überwiesen habe, theils noch überweisen werde. Die Vers. ersucht  
den Magistrat ihr seiner Zeit den Nachweis nach Beheilung  
der vollen Summe zu überreichen. — In geheimer Sitzung  
wurde eine Privatangelegenheit erledigt.

— Personal-Chronik. Wie verlautet, beabsichtigen die  
Stadtverordneten zu Kom. Stargard bevor sie zur nachma-  
tigen Bürgermeistervahl schreiten, in einer Immediat-Eingabe  
an den Minister des Innern die Bestätigung des Hrn. Syn-  
dikus Joseph aus Thorn nachzusuchen.

Agio des russisch-polnischen Geldes. Polnisch Papier  
22 1/2 — 23 pCt. russisch-Papier 22 1/2 pCt. Klein-Courant  
20 — 25 pCt. Groß-Courant 11 — 12 pCt. Alte Silberrubel  
10 — 13 pCt. Neue Silberrubel 6 pCt. Alte Kopelen  
13 — 15 pCt. Neue Kopelen 125 pCt.

#### Ämtliche Tages-Notizen.

Den 10. Januar. Temp. Kälte 0 Grad. Luftdruck 27  
Zoll 6 Strich. Wasserstand 0 Fuß 3 Zoll.

#### Briefkasten.

Eingekandt. Heute findet nun bestimmt die Benefiz-  
Vorstellung des Herrn Gleichenberg statt und zwar ist es  
demselben gelungen, für Herrn Frische einen Gast in Herrn  
v. Düringfeld vom Stadttheater zu Brunn zu gewinnen,  
der die schwierigen Partien des „Robert“ übernommen hat.  
Die Vorstellung dürfte also eine der interessantesten der Sai-  
son werden.

### Inserate.

#### Bekanntmachung.

Der Nachlaß der verstorbenen Schiffseigen-  
thümer Martin und Wilhelmine geb. Koch  
Hube'schen Eheleute als:

1. ein hier ein auf der Weichsel liegender  
auf 342 Thlr. 10 Sgr. abgeschätzter so-  
genannter Ockerfahne nebst Zubehör
2. Kleidungsstücke, Betten, Möbel, Haus-  
geräth soll im Termin

den 22. Januar d. J.

Vormittags 10 Uhr

an hiesiger Gerichtsstelle öffentlich meistbietend  
verkauft werden.

Thorn, den 18. Dezember 1866.

Königliches Kreis-Gericht.

2. Abtheilung.

Vielseitigem Verlangen entsprechend findet  
eine zweite Aufführung des am Montage in  
polnischer Sprache gegebenen Theaterstückes

Sonnabend, den 12. Januar

Abends 7 Uhr

im Saale des Artushofes statt.

Entree à Person 2 1/2 Sgr. Kinder unter  
10 Jahren à 1 Sgr. Familienbillets für 3  
Personen à 5 Sgr. sind bis Abends 6 Uhr  
bei Herrn Höse im Artushofe zu haben.

Der Reinertrag ist für einen wohlthätigen  
Zweck bestimmt.

Der Vorstand des Pius-Vereins.

Engl. Ale in Original-Füllung, direct auf  
Flaschen von Le Coq in London bei

A. Mazurkiewicz.

Theater-Abonnement à 9 1/2 Sgr.

bei Wolff H. Kalischer.

### Bekanntmachung.

Die Lieferung des zum Neubau der Schleuse  
im Deiche der Culmer Stadtniederung bei Ronds-  
sen erforderlichen Holzes soll im Wege der öf-  
fentlichen Submission an den Mindestfordernden  
verdingen werden. Dieses wird mit dem Be-  
merken hiermit bekannt gemacht, daß die Sub-  
missionsbedingungen so wie der Anschlag im Bu-  
reau des Unterzeichneten eingesehen und daß auch  
Blanketts gegen Erstattung der Copialien daselbst  
in Empfang genommen werden können. Die  
Submissionsofferten sind versiegelt mit der Auf-  
schrift „Lieferung von Bauholz für die Rondsener  
Schleuse“ bis zum

Sonnabend, den 9. Februar er.

Vormittags 10 Uhr

im Bureau des Unterzeichneten abzugeben, wo-  
selbst dieselben in Gegenwart der etwa erschie-  
nenen Lieferanten geöffnet und geprüft werden  
sollen.

Culm, den 2. Januar 1867.

Der Deichhauptmann  
Kozlowski.

### Concert-Anzeige.

Die erste der von uns in Thorn  
arrangirten

#### Kammer-Musik-Soiréen

wird am Sonntage den 13. d. Mts. Abends von  
5—7 Uhr im Saale des Artushofes stattfinden.

Program:

- 1) Streich-Quartett Nr. 10 Mozart.
  - 2) Trio op. 100 Schubert.
  - 3) Streich-Quartett op. 18 Nr. 5 Beethoven.
- Abonnementbillets zu allen 3 Soiréen à 1  
Thlr. sind bei dem Herrn Prof. Dr. Hirsch zu  
haben.

Billets zu jeder einzelnen Soirée à 15 Sgr.  
besitzten die Herren Lambeck, Wallis und  
Klapp bis Sonnabend Abend 6 Uhr.

Kassenpreis 20 Sgr.

Bremberg, den 10. Januar 1867.

Gebrüder Bauer.

### THORNER RATHSKELLER.

Morgen Sonnabend, den 12. Januar.

Großes

### CONCERT

ausgeführt von der Kapelle des 61. Inf.-Reg.,  
unter Leitung ihres Dirigenten.

Anfang 8 Uhr.

Entrée pro Person 2 1/2 Sgr

wozu ergebenst einladet

A. Krämer, Musikmeister.

### Schützen-Haus.

Sonntag, den 13. Januar

#### Concert und Tanzvergnügen.

Nur noch 2 Tage  
am 12. und 13. d. Mts.  
findet der Porzellan- und Crystall-Glas-  
Ausverkauf  
im Hause der Frau Ww. Feilchenfeld  
Breitestr. Nr. 85 statt. Waare in ganz  
vorzüglicher Qualität, Preise billig, Be-  
dienung streng reell.  
D. Bukofzer aus Königsberg.

### Große Gesangsübung

Sonnabend, den 12. d. Mts. Abends 8 Uhr  
im Hildebrandt'schen Lokal, wozu sämtliche  
Herren Sänger resp. Liedertäpfer Thorn's und  
Umgebend ergebenst einladen.

Die Vorstände.

Eine vorzügliche Köchin treu u. reinlich  
wird nach Bloclawel gesucht 30 Rubel Gehalt.  
Zu melden Gerstenstraße Nr. 96.

Am Altstädtischen Kirchhofe ist das  
Grundstück Nr. 2 a. aus freier Hand zu  
verkaufen; das Nähere daselbst beim  
Klempnermeister Liedtke.



## für Reisende und Auswanderer.

Vermittelt meiner General-Agentur finden gleich der vorangegangenen Jahre vom 1. Februar 1867 ab jeden 1. und 15. des Monats

### ab Hamburg und Bremen

directe Segelschiffs-Expeditionen — nicht über England — nach den Hafenplätzen Newyork, Baltimore, Philadelphia, Neworleans, Galveston, Luebeck und Australien statt, zu welchen die seetüchtigsten dreimastigen Schiffe, unter Leitung zuverlässiger deutscher Capitaine zur Anwendung kommen. — Außerdem finden durch meine Vermittlung auch ununterbrochen jeden Sonnabend Dampfschiffs-Expeditionen ab Hamburg und Bremen statt, worüber auf portofreie Anfragen bereitwilligst jede beliebige Auskunft gern erteile.

**H. C. Plakmann** in Berlin, Louisestraße Nr. 2.

Königl. Preuß. und für den Umfang des ganzen Staats concessionirter General-Agent.

Per Paquet 4 Sgr. oder 14 Kr.

1857 MENTION honorable

1860 MEDAILLE D'HONNEUR

**Stollwerck'sche Brust Bonbons.**

Gegen Hals und Brustleiden

vor fälschungen gewarnt.

Lindern sofort alle catarrhalischen Hals- und Brustaffectionen als Verschleimung, Heiserkeit, Husten u. s. w. Die unter Mitwirkung berühmter ärztlicher Capacitäten wohlgelungene Vereinigung von Säften der zweckmäßigsten Kräuter und Wurzeln haben den Stollwerck'schen Brust-Bonbons einen Weltruf erworben. — Niederlagen befinden sich à 4 Sgr. per Paquet, in Thorn bei L. Sichten und am Bahnhof bei L. Wienskowski.

### R. F. Daubitz'sches Brust-Gelée.

Unter den vielen Hausmitteln, zu denen das große Publikum, welches die theure ärztliche Behandlung scheut, bei den unerheblichen, aber doch lästigen körperlichen Beschwerden immer mehr Zutrauen gewinnt, sind diejenigen die zahlreichsten, welche für catarrhalische Affectionen, Husten aller Art, Heiserkeit, Asthma, ja selbst Anfänge der Lungenentzündung, angeboten und angewendet werden, theils weil diese Beschwerden überhaupt die häufigsten sind, theils weil sie fast bei jedem Wechsel der Jahreszeiten wieder von neuem auftreten. Es sind echt periodische Uebel, gegen welche man daher auch mit solchen Hausmitteln am besten wirkt.

Allein trotz der Reichhaltigkeit des Verzeichnisses dieser Mittel ist doch das neu erfundene R. F. Daubitz'sche Brust-Gelée mit einer gewissen Begierde aufgenommen worden, weil der Namen seines Erfinders, des durch seine ungewöhnliche Kenntniß der Pflanzen und ihrer Wirkungen ausgezeichneten Fabrikanten des R. F. Daubitz'schen Kräuter-Liqueurs, eine Bürgschaft für etwas Außerordentliches in dieser Materie abgab.

Die ersten Beobachtungen und Erfahrungen, welche mit diesem Daubitz'schen Brust-Gelée gemacht worden sind, haben denn auch diese Voraussetzungen glänzend bestätigt; und darum möge Niemand, der von den in Rede stehenden Beschwerden belästigt wird, säumen, von dem neuen Hausmittel Gebrauch zu machen, und die wahrgenommenen Resultate, welche gewiß nur glänzende sein werden, der Oeffentlichkeit zu übergeben.

Dr. J.

### R. F. Daubitz'sches Brust-Gelée

allein nur fabricirt von dem Apotheker R. F. Daubitz in Berlin empfiehlt à Fl. 10 Sgr. die alleinige Niederlage von R. Werner, in Thorn.

### Heute Abend 8 Uhr Turenen. Ausgabe der Billets und Karten.



Das Haus Nr. 360 hinter der Mauer ist vom 1. April zu vermieten. Näheres bei **Peter Woiciechowski**, Schuhmachermstr. Culmerstr.

Porter, Culmbacher, Gräzer, Bairisch bei **A. Mazurkiewicz.**

Franz, Estragon-Essig um zu räumen à Ort. 6 Sgr. bei **A. Mazurkiewicz.**



Per 20 1/2 Fl. Sgr. per 1/2 Fl. 10 Sgr.

**Immer mehr Anerkennungen findet unser**

**Eau de Cologne philocomme** (Kölnisches Haarwasser), bekannt unter dem Namen **Moras' haarstärkendes Mittel.**

**A. Moras & Comp.,**

Köln am Rhein.

Atteft.

Um mein Haar, das in letzter Zeit stark auszufallen begann, wieder zu kräftigen, wählte ich die verschiedensten Mittel an, welche aber ohne alle Wirkung blieben. Jedoch der Essenz Eau de Cologne philocomme (Kölnisches Haarwasser) der Herren **A. Moras & Comp.**, zu der ich zuletzt meine Zuflucht nahm, brachte mir Hilfe und bezeugte ich mit Vergnügen, daß ich dieselbe mit dem größten Erfolge gebraucht habe und jedem Haarleidenden unbedingt anempfehlen kann.

Otto Paner.

Echt zu haben: in Thorn bei **Ernst Lambeck**; in Bromberg bei **Hegewald jun.**; in Strassburg bei **C. A. Köhler**; in Graudenz bei **Julius Gabel**; in Rogasen bei **Jonas Alexander.**

Ulubiony i dotąd najzabawniejszy

### Sjerp-Polaczka Kalendarzyk Katolicko-Polski na rok 1867.

jest do nabycia w księgarni E. Lambeka po 5 Sgr.

Obywateli Toruńskich i powiaty w dawnej Ziemi Chełmińskiej powinien i dla tego obchodzić, bo zawiera w sobie piękna i ciekawą powieść z roku 1466 pod tytułem:

**Pokój Toruński-Pioruński**

czyli

Wesele pięciórne i t. d.!

Zum Klavierstimmen empfiehlt sich **Liebig.**

**Ein Flügel** zu vermieten in der Expedition dieses Blattes.

**Beste holl Heeringe**

in 1/10, 1/32 Fäßchen und einzeln empfiehlt. **G. Sachs.**

### Hôtel de Danzig

steht sofort ein Speicher mit zwei Schüttungen und Bodenraum zu vermieten. **Zaorski.**

### Bur Beachtung.

Frischer, sehr schöner Fenchel ist billig zu verkaufen Brückenstraße Nr. 25/26.

### Einen Lehrling

sucht der Bäckermeister **H. Kolinski.**

1 möbl. Zimmer zu verm. Alst. 174.

Am hiesigen Platze habe ich ein **Sack-Leih-Geschäft** eröffnet und empfehle dasselbe zur geneigten Beachtung. Bedingungen sind in meinem Comtoir einzusehen. **Carl Mallon.**

Ein gutes, neues Reifzeug ist billig zu haben Neustadt Nr. 2.

Soeben empfangen einen Posten

### Petroleum

prima prima Qualität (ganz weiß) und empfiehlt zu den billigsten Preisen.

**Carl Kleemann.**

Vom 15. d. Mts. verkaufen die Unterzeichneten die Tonne Bairisch Bier mit 7 Thlr., die Tonne Braun-Bier mit 5 Thlr. 10 Sgr. excl. Spundgeld.

**Schlesinger. Gebrüder Kauffmann. F. Streich. Th. Spornagel.**



### Alle Sorten Särge

sind stets vorrätig bei **Przybill, Al. Gerberstraße 74.**

Den sehr geehrten Herrschaften erlaube ich mir hiermit ganz ergebenst anzuzeigen, daß ich von jetzt ab kurze Zeit in Podgutz wohne, daß ich aber nach wie vor etwaigen Aufträgen gern nachkommen werde und bitte ich Bestellungen beim Schneidermeister Finger, Gr. Gerberstraße Nr. 286, abzugeben.

**A. Müller,**

praktische Bad- u. Kochfrau.

In der Belletage Brückenstr. Nr. 8 a ist eine Wohnung v. 3 Zimmern u. Zubehör zu verm.

Brückenstr. Nr. 16 ist eine kleine Wohnung nebst Laden zu vermieten.

Eine Wohnung hat zu vermieten der Bäckermeister **H. Kolinski.**

Ein möbliertes Zimmer ist Breitestraße Nr. 453 sogleich zu vermieten.

Brückenstraße Nr. 40 ist ein Laden nebst Zubehör zu vermieten.

Butterstraße Nr. 145 ist die bisher von Hrn. Director **Pauber** innegehabte Wohnung 2. Etage vom 1. April ab zu vermieten.

**E. Stange.**

Brückenstraße Nr. 28, 2 Tr., sind 3 Stuben und 1 Kofen nebst Zubehör vom 1. April zu vermieten.

Ein möbliertes Zimmer und eine kleine Wohnung ist zu vermieten bei **J. Schlesinger.**

In meinem Hause Seegler-Str. 109 ist vom 1. April eine Keller-Wohnung zu vermieten. **J. Moskiewicz.**

Die Bel-Etage in meinem Hause Seegler-Str. 109 bestehend in 5 Zimmern nebst Zubehör, ist vom 1. April zu vermieten. **J. Moskiewicz.**

### Stadttheater in Thorn.

Freitag, den 11. Januar. Zum Benefiz des Herrn **Carl Gleissenberg.** (Nunmehr bestimmt.) Gastspiel des Herrn v. **Düringsfeld** vom Stadttheater zu Bräun „Die Memoiren des Teufels“ oder: „Die Geheimnisse des Schlosses Ronquerolles.“ Original-Intelligenz-Lustspiel in 3 Abtheilungen von **B. A. Herrmann.** Zum Schluß: „Des Mädchens Traum“ in lebenden Bildern, dargestellt mit der Original-Musik von **Lumbye** nebst Zither-Begleitung.

Den geehrten Abonnenten bleiben ihre Plätze bis 11 Uhr reservirt.

Der Unterzeichnete erlaubt sich zu obiger Benefiz-Vorstellung einzuladen

Hochachtungsvoll **Carl Gleissenberg.** Die Direction.